



Blick auf die Grabung, die laut Russland mit Penibilität und Respekt durchgeführt wurde. Auch dank ukrainischem Engagement  
Foto: Sina Schudtd/dpa

# Die Toten sind kein Argument

Mit Hinweis auf Kriegsgefangenen-Gräber wollte eine Ini den Bau einer Bahnwerkstatt an der Bremer Reitbrake verhindern. Nur teilen weder Ukraine noch Russland die Entrüstung

Von Benno Schirmeister

Weder Russland noch die Ukraine fordern ein Bebauungsverbot für die Bremer Reitbrake. Das ist eine durch die Eintracht überraschende, für die Bürger-Initiative Oslebshausen hingegen schlechte Nachricht. Denn an dieser Stelle waren ab 1941 die Leichen sowjetischer Kriegsgefangener und ziviler Zwangsarbeiter eher verscharrt als begraben und nach dem Krieg nur unvollständig exhumiert und umgebettet worden. Ohne den Wunsch der Bürger-Ini, eine dort vom Alstom-Konzern geplante Bahnwerkstatt zu verhindern, wäre der Ort wohl nicht ohne Weiteres archäologisch erkundet worden.

Seit dem 16. Oktober aber sind die Grabungen abgeschlossen. In ihrem Zuge konnten 63 vollständige Skelette geborgen werden, zudem wurden 203 Identifizierungsmarken gefunden. Und anders als in der Presse gelegentlich zu lesen, stellt sich „eine diplomatische Affäre“, die das Bauvorhaben ausbremsen könnte, nicht ein: Der Ort sei „kein heiliger Boden, sondern ein Beweis des Verbrechens gegen die Menschlichkeit“, lässt

sich die ukrainische Generalkonsulin in *Die Welt* zitieren – mit einem Plädoyer dafür, die nun gefundenen Remains auf die zentrale Gedenkstätte auf dem Friedhof Bremen Osterholz, also ganz am anderen Ende der Stadt, zu überführen.

Dort will auch die Vertretung Russlands die Gebeine bestattet sehen: „Wir gehen davon aus, dass ein würdevolles Einbringen an die verstorbenen sowjetischen Kriegsgefangenen, die in Reitbrake gefunden wurden, gewährleistet sein kann“, schreibt der Vizekonsul Mikhail Marin auf Anfrage der taz, „indem man die Überreste an einer ehrwürdigen Gedenkstätte ruhen lässt, wo alle einen Zugang und die Möglichkeit sich zu erinnern haben“. Die trostlose Brache gleich neben dem Bahndamm, die zehn Minuten Fußweg von der nächsten Bushaltestelle trennen, kann diese Kriterien nicht erfüllen. „Wir schätzen, dass der Ehrenfriedhof Osterholz dazu ein passender Ort sein könnte“, so Marin.

Und während die Bürger-Ini, sekundiert vom Bremer Friedensforum, den Bürgermeister und Kultursenator sowie die Landesarchäologin Uta Halle

angeklagt, ist das Konsulat voll Anerkennung: „Wir sehen, dass die archäologischen Arbeiten mit Penibilität und Respekt zu den aufgefundenen Überresten der sowjetischen Kriegsgefangenen durchgeführt wurden“, teilt Marin mit. „Bremen hat von Anfang an in keiner Weise die Notwendigkeit relativiert, eine detaillierte Prüfung des ehemaligen Friedhofareals umzusetzen

„Es waren ukrainische Studenten, die die ersten Funde gemacht haben“

Dmytro Kuleba, Außenminister der Ukraine

und mögliche Hinweise auf die Überreste zu überprüfen. Die Ausgrabungen seien „mit voller Hingabe und absoluter Würde“ getätigt worden.

Damit lobt er kurioserweise mittelbar auch das ukrainische Engagement. Denn Kiyv hatte sehr direkt darauf gedrungen, „den Ort zu erkunden und alle Opfer zu ehren“, so heißt es in ei-

ner via Facebook veröffentlichten Stellungnahme des Außenministers Dmytro Kuleba.

Zudem hatte die Generalkonsulin dafür gesorgt, dass fünf Archäologie-Studierende der Nationaluniversität Taras Shevchenko an der Kampagne ab August 2021 teilnehmen konnten. „Es waren ukrainische Studenten, die die ersten Funde gemacht haben“, so Kuleba. Darunter eben auch die Stalg-Marke des Soldaten Ivan Pasternak.

Dessen Tochter und Enkel konnten mithilfe des Nationalmuseums für die Geschichte der Ukraine im Zweiten Weltkrieg ausfindig gemacht werden, in Lviv, und kontaktiert. „Zu sagen, dass sie beeindruckt waren, wäre stark untertrieben“, so Kuleba. „Nun, wir haben unsere Arbeit getan, Erinnerung und Gerechtigkeit wiederhergestellt.“ Nun werde man dafür sorgen, dass Ukrainer und andere Kriegsgefangene geehrt werden, deren Überreste während der Ausgrabungen entdeckt wurden, kündigt der Außenminister in dem Beitrag noch an, bevor er sich „besonders bei Bremens Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte für die Mitarbeit“ bedankt.

abgewirtschaftet

# Niedersachsens wachsende Waldfläche ist kein Grund zur Freude

Gute Nachrichten? Es gibt sie kaum mehr, dieser Tage. Krisen überall, regional wie weltweit. Wenn dann doch mal was Positives zu hören ist, ist das wie Balsam für die Seele. So wie die Pressemitteilung Nr. 123/22 des Landesamts für Statistik Niedersachsen vom gestrigen Dienstag. Darin ist auch vom Wald die Rede: Rund 83 Prozent der Bodenfläche Niedersachsens sei Ende 2021 „in irgendeiner Form von Vegetation bedeckt“ gewesen, lernen wir; 21,6 Prozent davon war Wald. Und dann kommt sie, die gute Nachricht: Im Vergleich zu 2020 habe sich die Waldfläche um 524 Hektar vergrößert, seit 2018 um rund 2.000 Hektar.

Perfekt, oder? Der Wald, ein Sehnsuchtsort, ein Resonanzraum des Ich, eine Quelle der Kraft und des Wohlbehagens, wächst. Wunderbar.

Nur: Statistiken sind reine Zahlen. Wer draußen in Niedersachsens Wäldern unterwegs ist, sieht auf den ersten Blick: Die Sache hat einen Haken. Kahlschlag reiht sich an Kahlschlag, wegen der Dürre, wegen des Borkenkäfers. Kaum noch Biomasse steht hier, und das Nachgepflanzte braucht Jahrzehnte, um Ersatz zu schaffen. Breite Gassen ziehen sich durchs Gehölz, dicht an dicht, für riesige Holzrättermaschinen, deren Reifen und Ketten den Boden zerwühlen und verdichten. Forststraßen, ausgebaut für Sattelzüge, machen den Wald zum Industriegebiet.

Ja, rein rechnerisch mag der Wald an Fläche wachsen. Aber die Frage ist: Welche Qualität hat er? Und: Welche Qualität hat er für wen?

Paragraf 1 des Bundeswaldgesetzes definiert für den Wald drei Funktionen: Wirtschaftlicher Nutzen für seinen Besitzer, Erholung für die Bevölkerung sowie der Schutz für Natur und Umwelt. Aber in Zeiten kollektiven Fröstelns, in denen Brennholz mit Gold aufgewogen wird, dominiert im Wald das Profitinteresse. Auch Bauholz ist teuer. Wer dort spazieren geht, wo es gelebt hat, hat es meist schwer, noch einen Resonanzraum für sein Ich zu finden, eine Quelle der Kraft und des Wohlbehagens. Idyllen voller Libellen und Zitronenfalter? Sorgsam gehegte Biotopbäume? Schutz und Erholung? Schön wärs! Bringt nichts ein, kostet nur. Der Wald ist in weiten Teilen ein reiner Wirtschaftsraum, wo man weder Vögel rufen, Bäche murmeln noch Blätter rauschen hören kann, sondern nur schwere Sägen.

Darunter leidet der Wald. Nicht heimische Pflanzen und Tiere machen ihm zu schaffen, die Klimakrise durch ihre Stürme ebenso, und wenn ein viele Tonnen schwerer Harvester die Wurzeln eines Baums aufreißt, der mit dem Fällen noch gar nicht dran ist, bleibt das nicht folgenlos. Zurück bleiben Schlachtfelder, nominell noch Wald.

Klar, oft sind Einschlüsse der Not geboren, wenn die Fichten mausetot sind. Und der Waldumbau zum Ökologischeren macht Fortschritte. Aber Entwarnung gibt Pressemitteilung 123/22 nicht.

Bäume, soll der Philosoph Jean-Jacques Rousseau gesagt haben, seien „der Schmutz und das Gewand der Erde“. Eine Statistik darüber, in wie vielen Harvester-Windschutzscheiben dieses Zitat klebt, als Selbstverständnis des Waldarbeiters, gibt es nicht. Vermutlich: in keiner. Harff-Peter Schönherr

# Koalitionsverhandlungen gehen in die heiße Phase

In Niedersachsen nehmen ab Mittwoch Ministerpräsident Weil und Grünen-Spitzenkandidatin Hamburg direkt an den Gesprächen über die neue Regierung teil

Die Koalitionsverhandlungen von SPD und Grünen über Niedersachsens neue Landesregierung werden ab Mittwoch zur Chefsache: Waren es bisher vor allem Fachpolitiker, die versucht haben, die Pläne beider Parteien hinter verschlossenen Türen auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen, sind dann auch Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) und Grünen-Spitzenkandidatin Julia Willie Hamburg direkt beteiligt. Ein erstes Ziel haben Rote und Grüne dabei schon erfüllt, bevor das rot-grüne Bündnis überhaupt steht: Die Vertraulichkeit der Gespräche, die sich beide vorgenommen haben, ist bisher weitgehend stabil. Weder inhaltlich noch personell sind überraschende Details durchgesickert. Von Mittwoch

an soll es aber immer wieder Updates zum Fortschritt der Verhandlungen geben. Die Zeit drängt schließlich – nicht nur wegen der Energiekrise.

Der Zeitplan, den sich SPD und Grüne selbst gesteckt haben, ist ehrgeizig: Schon am ersten November-Wochenende, gerade einmal vier Wochen nach der Landtagswahl, sollen die Parteitage über den Koalitionsvertrag abstimmen. Läuft alles nach Plan, würde der Vertrag über die Neuaufgabe von Rot-Grün im Land am 7. November unterzeichnet. Einen Tag später soll Ministerpräsident Weil bei der konstituierenden Sitzung des Landtags im Amt bestätigt werden.

Über die weitere Besetzung des Kabinetts hüllen sich beide Seiten indes

noch in Schweigen. Die Grünen legen dem Vernehmen nach Wert darauf, dass Julia Willie Hamburg das Wirtschaftsministerium übernimmt. Ihr Co-Spitzenkandidat Christian Meyer könnte Umweltminister werden.

## Erstes Projekt: Entlastungspaket

Für den derzeitigen Umwelt- und früheren Wirtschaftsminister Olaf Lies von der SPD müsste dann allerdings wohl ein anderes Ressort gefunden werden, womöglich das Finanzministerium. Andere wichtige SPD-Minister wie Boris Pistorius (Inneres) und Daniela Behrens (Soziales) könnten ihre bisherigen Posten behalten.

Klar ist bereits, dass das erste gemeinsame Projekt von Rot-Grün ein

Entlastungspaket des Landes in der Energiekrise werden soll. So hatte es Weil für den Fall seiner Wiederwahl versprochen, und die Grünen hätten ein solches Paket am liebsten noch vor der Wahl verabschiedet. Das von Weil im Wahlkampf vorgestellte Programm sollte 970 Millionen Euro umfassen, unter anderem zur Unterstützung von Kitas und Schulen, von kleinen und mittleren Unternehmen, des Gesundheits- und Pflege-sektors sowie von Kultur- und Sporteinrichtungen.

Auch über die Energiekrise hinaus dürfte das Geld unter Rot-Grün lockerer sitzen als bisher in der SPD-CDU-Regierung. Beide Parteien wollen, dass das Land deutlich mehr investiert als bisher, in den Wohnungs-

bau und die Hochschulen zum Beispiel – auch wenn das zu Lasten neuer Schulden geht. Hier dürften sich die erklärten Wunschpartner schnell einig werden. Das gilt beispielsweise auch für die geplante Anhebung der Gehälter von Grund-, Haupt- und Realschullehrern und den schnelleren Ausbau erneuerbarer Energien.

Für Diskussionen könnten hingegen noch die Verkehrspolitik, die Klimaziele, der Umgang mit dem Wolf, die Gasförderung in der Nordsee oder Polizeithemen wie der Einsatz von Bodycams sorgen. Als echte Stolpersteine dürften sich die Unterschiede jedoch nicht erweisen – zu groß ist der Wille, schnell wieder zusammen zu regieren. (dpa)